



**wahlkabine.at**

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

## **Fragen und Standpunkte der Parteien zu den Landtagswahlen in Tirol 2013.**

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Parteien und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

### **Berücksichtigte Parteien**

Für die Realisierung der Internet-Wahlkabine zur Tiroler Landtagswahl 2013 wurden Parteien berücksichtigt, die landesweit kandidieren und bereits in einer Volksvertretung auf regionaler, nationaler bzw. überregionaler Ebene vertreten sind:

- Tiroler VP
- SPÖ
- FPÖ
- Grüne
- Liste Fritz
- Gurgiser & Team
- Team Stronach
- vorwärts Tirol

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf [www.wahlkabine.at](http://www.wahlkabine.at)

# 1. Soll sich das Land Tirol für eine Besteuerung der Stromerzeugung aus Wasserkraftwerken einsetzen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Die Energiewende ist nur mit dem Ausbau heimischer, erneuerbarer Energieträger zu schaffen. Mit unsere heimischen Energie können wir für unsere Menschen einen möglichst günstigen Tarif sichern. Energie aus Wasserkraft ist nachhaltig und darf nicht zusätzlich steuerlich belastet werden.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Der Ausbau der Wasserkraft muss forciert werden, der Strompreis muss gesenkt werden.		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die zu erwartenden 60 Mio. jährlich sollen zu 100 % in die Förderung der Energiewende fließen.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Nein</b>	■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	■
Jede Besteuerung würde nur die Energie- bzw. Betriebskosten weiter erhöhen.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Nicht noch mehr besteuern!		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	■
--		

## 2. Soll das Land Tirol ein Verbot riskanter Spekulationsgeschäfte für alle Gebietskörperschaften einführen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Ja</b>	
<p>In Tirol wird nicht spekuliert. Bereits im Februar haben Bund, Länder und Gemeinden eine so genannten 15a-Vereinbarung unterzeichnet, die ein Spekulationsverbot mit öffentlichen Geldern vorsieht. Sollte darüber hinaus noch eine bundesweite Regelung kommen, wird sich Tirol dem nicht per se verschließen. Die Finanzautonomie des Landes muss aber jedenfalls erhalten bleiben.</p>		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
<p>Wir stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld. Deshalb kämpfen wir Grüne auch gegen Korruption ebenso wie gegen Spekulation mit Steuergeld. Transparenz muss her, hier ist auch in Tirol noch viel zu tun.</p>		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	
<p>Wäre allerdings nicht notwendig, wenn öffentliche Gelder nach den Kriterien des Bundeshaushaltsgesetzes ausgegeben würden: Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit.</p>		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
<p>Riskante Spekulationen kann keine Gebietskörperschaft rechtfertigen, da mit dem Steuergeld der Menschen "gespielt" würde.</p>		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	
<p>Mit Steuergeld muss absolut sorgsam umgegangen werden, hier darf es keinen Millimeter Spielraum für Spekulationen geben.</p>		

### 3. Soll das Land Tirol Asylsuchende mehr in direkter Nähe zur Bevölkerung unterbringen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Die Versorgung der Asylsuchenden in Tirol funktioniert und wird durch verschiedene Organisationen mit Betreuung und Einbindung in das örtliche Geschehen möglich gemacht. Eine Änderung ist aus heutiger Sicht nicht notwendig.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
In Tirol werden AsylwerberInnen größtenteils in Heimen untergebracht, die sich mitten in Wohngebieten befinden. So kann eine professionelle Betreuung inkl. Deutschkursen u.Ä. gewährleistet werden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■ ■
Wir sprechen uns gegen mehr Asylantenunterkünfte aus. Asylverfahren sind rasch zu erledigen, die Asylbehörden aufzustocken und Asylbetrüger müssen abgeschoben werden.		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
Die Menschenrechte von Asylsuchenden dürfen nicht länger ignoriert oder gar negiert werden. Es ist ein Menschenrecht, dass Asylsuchende bestmöglich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können - dazu zählt selbstverständlich eine zentrale Unterbringung.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	■
Dazu die Erfahrung einer unserer Sympathisantinnen: Wohne in unmittelbarer Nähe des Asylantenheims und unsere Familie, Freunde und Bekannte haben nur positive Erfahrungen gemacht. Jetzt soll es geschlossen werden, da es laut Bürgermeisterin Hall seine Schuldigkeit getan hat - unverständlich! Wichtig jedenfalls die professionelle Aufbereitung im Vorfeld, um Ängste, Sorgen oder unbegründete Aversionen abzubauen.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Nicht in zu großer Anzahl auf einen bestimmten Ort, sondern so verteilt, dass für alle Seiten eine friedliche und gute Lösung entsteht.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	■
Integration und der Austausch der Kulturen muss für ein vernünftiges Miteinander gefördert werden.		

## 4. Sollen Studierende und Lehrlinge in Tirol die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benützen dürfen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs nimmt Tirol jährlich rund 85 Millionen Euro in die Hand. Damit haben wir uns an die zweite Stelle im Bundesländervergleich hochgearbeitet. Tirol nimmt zudem bereits viel Geld in die Hand, um Studierenden, Schülern und Lehrlingen ein attraktives Ticketangebot anzubieten. Mindestens ebenso wichtig ist ein hervorragend ausgebauter ÖPNV und ein attraktiver Taktverkehr. Tirol hat hier in den letzten Jahren entscheidende Schritte gesetzt und wird auch in Zukunft den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die SPÖ setzt sich für ein Jugendticket um 60.- Euro pro Jahr ein, das für alle bis zum 24. Lebensjahr erhältlich sein soll.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Wie fordern ein 60 Euro Ticket für Schüler und Lehrlinge. Studenten sollen einen höheren Tarif zahlen.		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Dass es Co2 Gründe für mehr Öffentlichen Verkehr gibt, ist unbestritten. Ebenso dass der Öffentliche Verkehr v.a. für StudentInnen zu teuer ist. Wir Grüne wollen Öffis leistbar machen. Das gilt für SchülerInnen und Studierende, aber auch für alle anderen. Öffentlicher Verkehr ist umweltfreundlich, komfortabel und sicher. Deshalb wollen wir ihn attraktiv ausbauen.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die kostenlose Benützung des ÖPNV für Lehrlinge und Studenten ist auf Grund der ohnedies hohen Lebenshaltungskosten für die Familien ein Gebot der Stunde, denn wer Millionen und Milliarden für Tunnels übrig hat, hat zuerst die eigene Bevölkerung zu entlasten.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Weil dadurch die Wertschätzung der Einrichtungen sinkt. Jedoch muss es Unterstützung für die geben, die - wie Lehrlinge - wenig verdienen, aber die eigene Ausbildung selber bezahlen müssen.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Öffis sollen generell günstiger und leistungsfähiger werden. Generelle Gruppen bevorzugen ist nicht sinnvoll, Gratis als Prinzip ist nicht gerecht. Sozial Schwache sollen gefördert werden.		

## 5. Soll das Land Tirol bei Wintersportveranstaltungen stärker in die Tourismuswerbung investieren?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Tirol ist das Tourismusland Nr. 1 in Österreich und auch bei zahlreichen Wintersportveranstaltungen vertreten. Um diese Position zu halten, gilt es noch mehr neue, junge Kunden anzusprechen. Das gelingt besonders auch bei Veranstaltungen.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
Die Nachfolgegesellschaft der YOG soll sich künftig bei der strategischen Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen vor dem Hintergrund eines sportlichen, wirtschaftlichen und touristischen Mehrwerts für Tirol engagieren.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Wir freuen uns darüber, dass Tirol touristisch erfolgreich ist. Die Investitionen sollen aber nicht dahin gehen, an wenigen Spizentagen noch mehr Tourismus zu haben, sondern ihn besser über das ganze Jahr zu verteilen. Besser wäre es, Geld zu investieren, um Tourismus umwelt- und menschenverträglicher zu machen. Dann freuen wir uns sehr, wenn Menschen zu uns kommen, um sich an der Tiroler Natur zu erfreuen!		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Weit wichtiger ist jede Investition in langfristig sichere und gut bezahlte Dauerarbeitsplätze statt in Einzelereignisse.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	■
Wenn dadurch der Tourismus in Tirol, von dem viele von uns TirolerInnen direkt oder indirekt leben, gestärkt werden kann.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	■
Die vorhandene Bewerbung und Marketing sind ausreichend und arbeiten sehr zufriedenstellend.		

## 6. Soll das Land Tirol die Mittel der Wohnbauförderung erhöhen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	
LH Platter hat die Mittel der Wohnbauförderung aktuell erst attraktiviert und ein neues Wohnpaket beschlossen. Tirol wird in den kommenden fünf Jahren 11.500 neue geförderte Wohnungen bauen und dafür über eine Milliarde Euro investieren. Damit soll Wohnen in Tirol leistbarer werden.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Tirol hat im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Wohnbauförderung nicht verkauft. Allerdings sollten die Mittel zweckgebunden werden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Die Wohnbauförderung soll erhöht werden, allerdings mit strengen Auflagen in Hinblick auf Ökologie und Nachhaltigkeit.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	
Wohnen ist eine der zentralen Herausforderungen in einer Zeit, in der Reallohneinkommen sinken und Lebenshaltungskosten steigen.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Jedoch gezielt einsetzen, nicht ohne Unterscheidung nur verteilen.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	
Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss prioritär gefördert werden. Die Mittel müssen zweckgebunden verwendet werden.		

## 7. Soll sich das Land Tirol gegen eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen aussprechen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Das Land Tirol arbeitet an einem Schulversuch, der mit dem Schuljahr 2014/2015 starten soll. Damit sollen Erfahrungen hinsichtlich der gemeinsamen Schule gewonnen werden.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Eine gemeinsame Schule von 6 bis 14 ist eine zentrale Forderung der SPÖ. Kinder sollen sich nicht schon mit 10 Jahren für einen Bildungsweg entscheiden müssen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Wir fordern Wahlfreiheit zwischen Gesamtschule und herkömmlichen Schulssystem.		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Wir wollen eine Schule, die alle SchülerInnen nach ihren Fähigkeiten fördert und fordert. Kein Kind darf zurückbleiben, und dafür muss die bisherige Blockade im Schulsystem ein Ende finden.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	■
Leistungsunterschiede sollen anerkannt werden. Gymnasien sollte es auch in dieser Alterstufe weiter geben.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Regionale Bedürfnisse müssen beachtet werden, das wichtige Thema Bildung darf nicht pauschalisiert werden, Patentlösungen gibt es nicht oder sind fehlerhaft.		

## 8. Soll das Land Tirol die Öffentlichkeit über Landesjagden im Pitztal informieren?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Ja</b>	
Verwaltung und Praktiken der Landesjagd Pitztal unterliegen ohnehin der Kontrolle des Landesrechnungshofes. Gegen darüber hinausgehende zukünftige Offenlegungen besteht kein Einwand.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Am besten würde die Landesjagd überhaupt abgeschafft.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Einladungen des Landes, egal ob an PolitikerInnen oder Wirtschaftstreibende sind offen zu legen, das gilt für Jagdeinladungen in der landeseigenen Jagd ebenso wie in anderen Jagdgebieten.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	
Wenn schon überall Transparenz gefordert wird, darf sich nicht an den Hegezäunen der Landesjagd enden - schließlich ist eine Jagd ja nichts Verwerfliches, wenn alles offen gelegt wird.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Mehr Transparenz gegenüber dem Einzelnen.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	
Volle Transparenz und Einsichtnahme quer durch alle öffentlichen Bereiche sind fundermental. Nur dadurch kann wieder Vertrauen in die Politik geschaffen werden.		

## 9. Soll das Land Tirol die HYPO Tirol Bank verkaufen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	
Die Landesbank erfüllt wichtige Aufgaben für das Land. Es ist weder im Sinne der Kunden noch des Landes, derzeit einen Verkauf anzudenken.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
Wenn das Land die Hypo Tirol verkauft, dann sind Nachteile für alle TirolerInnen zu erwarten, die Wohnbauförderung beziehen. Außerdem ergeben sich schlechtere Konditionen für die Finanzierung des Landes. Eine Landesbank kann wichtige Aufgaben für die regionale Wirtschaft wahrnehmen, und in diese Richtung muss sie konsequent ausgerichtet werden.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Nein</b>	
Aber es braucht endlich Transparenz und ein vernünftiges Fortführungsszenario für die Landesbank.		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	
Diese Frage kann erst dann gestellt werden, wenn die Landes-Hypo von allen Problemen befreit ist, was heute keineswegs der Fall ist und daher ein Verkauf nicht zielführend erscheint.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	
Aber die Bank muss so professionell geführt werden, dass die TirolerInnen als Eigentümer etwas von der Landesbank haben.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	
Sie soll nicht verkauft werden, aber soll sich wieder auf das Kerngeschäft konzentrieren und regional statt international tätig sein.		

# 10. Soll sich das Land Tirol für eine Fusionierung der Medizinischen Universität Innsbruck und der Leopold-Franzens-Universität einsetzen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die Trennung der beiden Universitäten war vom Land nie gewollt. Allein durch vielfältige Synergieeffekte könnte Geld in der Verwaltung eingespart und dem Studienbetrieb zur Verfügung gestellt werden.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
Die SPÖ hat sich vehement gegen die Trennung der Innsbrucker Universität ausgesprochen und würde eine Wiederausammenführung sehr begrüßen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
Die Trennung der Innsbrucker Universitäten hat Bürokratie gebracht und macht das Leben für Studierende und Lehrende komplizierter. Wir wünschen uns, dass sich die Universitäten auf beste Lehre und Forschung konzentrieren können.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
Sehr wichtig, weil durch die Kompetenzstreitigkeiten sehr viele Ressourcen nicht genutzt werden können und der international bekannte Medizinstandort dadurch gefährdet wird.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Dies sollen die Universitäten untereinander ausmachen. Das Land Tirol hier möglichst breiten Spielraum lassen, um die Unabhängigkeit zu wahren!		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die Gesamtuniversität ist wichtig für den Wissenschaftsstandort, interdisziplinäres arbeiten und um doppelte Bürokratie und Verwaltung abzuschaffen.		

# 11. Sollen durch ein Verfassungsgesetz alle Finanzen des Landes Tirol gegenüber dem Bundesrechnungshof offengelegt werden?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	
Schon heute überprüft der Bundesrechnungshof die Verwaltung in den Ländern. Eine Ausweitung der Kompetenzen ist nicht notwendig.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Es ist bereits im Art. 121 ff. der Bundesverfassung verankert, dass der Bundesrechnungshof die Gebarung der Länder prüft.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Die Finanzen des Landes sollen so transparent wie möglich sein. Einsicht soll hier nicht nur der Rechnungshof bekommen, sondern alle TirolerInnen. Darauf sollten Sie als BürgerInnen ein Anrecht haben. Schlussendlich führt nur maximale Transparenz dazu, dass Seilschaften wieder dort zurückkehren, wo sie hingehören: auf den Berg und nicht in die Politik.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	
Um die Finanzen grundsätzlich langfristig im Griff zu haben, ist schon im Vorhinein für eine Ausgabe öffentlicher Gelder nach den Kriterien der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit erforderlich - der Rechnungshof kann nur im NACHHINEIN feststellen, dass Gelder falsch investiert, verspekuliert etc. wurden.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Um mehr Transparenz gewähren zu können!		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	
Volle Transparenz für öffentliche Gelder! Nicht nur gegenüber dem Rechnungshof sondern gegenüber allen Bürger_innen!		

## 12. Soll die Tiroler Parteienförderung gekürzt werden?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	
Nicht alles was populistisch gut klingt, ist auch sinnvoll. Tirol ist mit seiner Parteienförderung am unteren Rand der Möglichkeiten geblieben und hat im Transparenzgesetz strengere Richtlinien erlassen als der Bund.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Parteien sind ein zentrales Instrument der Demokratie, und eine Parteienförderung aus öffentlicher Hand verhindert, dass PolitikerInnen von Geldgebern abhängig sind und Politik in deren Interesse machen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
Demokratie ist ein hohes Gut, das unserer Gesellschaft etwas wert sein muss. Allerdings muss sichergestellt werden, dass die Förderung 100% transparent erfolgt.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	
Wer die Parteienförderung ablehnt, öffnet den Einkäufern Tür und Tor und forciert den Lobbyismus, wie wir es aktuell erleben - das ist für die Demokratie mehr als schädlich. Wenn das Recht vom Volk ausgeht (Art. 1 der Bundesverfassung) geht das Recht in Zukunft von Einkäufern aus, wenn die Parteiförderung nicht mehr gegeben ist.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Es soll auch hier mit dem Steuergeld der Menschen sorgfältiger umgegangen werden.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	
Parteiorganisationen sind schwerfällig, aufgebläht und verschlingen unnütz Steuergeld. Dieses könnte wesentlich sinnvoller eingesetzt werden.		

## 13. Sollen in Tirol ganztägige Schulformen stärker ausgebaut werden?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Ja</b>	
Die Wahlfreiheit der Eltern muss erhalten bleiben. Es ist aber auch unbestritten, dass ein ganztägiges Angebot der Betreuung in den Schulen weiter ausgebaut werden wird. Eine "Zwangstagsschule", wie von der SPÖ gefordert, wird es mit uns nicht geben.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Ganztagschulen sind ein wichtiges Element für die Chancengleichheit von Kindern. Stärken werden gefördert, Schwächen ausgeglichen. Teure Nachhilfestunden entfallen ebenso wie der Stress mit den Hausübungen und das Schleppen von schweren Schultaschen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Eine sinnvolle Verknüpfung von Lern- und Erholungsphasen kann über den ganzen Tag verteilt werden. Eine Ganztagschule muss aber mehr sein als die Verlängerung des bisherigen Vormittagsunterrichts in den Nachmittag. Die Einbindung von Musikschulen oder Sportvereinen ist dabei für uns Grüne eine Selbstverständlichkeit.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	
Auf Grund der doppelten Berufstätigkeit unumgänglich, bestehen bleiben soll aber die Freiwilligkeit der Teilnahme für die Kinder, deren Mütter oder Väter einige Zeit bei ihren Kindern bleiben.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Um das Familien- und Berufsleben insbesondere auch für Frauen einfacher gestalten zu können.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	
Es muss ein breites und bedarfsgerechtes Angebot geschaffen werden, es soll aber ein Angebot bleiben und darf keine Pflicht werden.		

## 14. Sollen in Tirol öffentliche Plätze und Verkehrsmittel mit Videokameras überwacht werden?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Dort wo es aus Sicherheitsgründen notwendig ist, hat man insbesondere in Innsbruck positive Erfahrungen gesammelt. Klar ist aber auch, dass eine solche Überwachung nur im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten stattfinden darf.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Wir wünschen uns, dass sich alle Menschen überall sicher fühlen können. Der Datenmüll, der derzeit durch die ausufernde Überwachung gesammelt wird, trägt dazu aber nur bedingt bei. Sicherheitsgefühl entsteht unter anderem durch die sichtbare Präsenz von uniformierter Polizei. Diese kann Verbrechen auch verhindern, während sie von Kameras nur aufgezeichnet werden können.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Grundsätzlich nicht, doch an exponierten Stellen wie bspw. Bahnhöfen oder anderen Orten, wo die Sicherheit der Bevölkerung nicht gesichert ist, sehr wohl.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Privatleben schützen!		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Die Erfahrungen mit Videoüberwachung weltweit hat gezeigt, dass der erhoffte Nutzen ausgeblieben ist und somit keine Rechtfertigung für diesen Eingriff in die Bürgerrechte besteht.		

## 15. Sollen Daten zur Parteienfinanzierung in Tirol (z.B. des Wahlkampfs) im Internet und in Gemeindeämtern öffentlich zugänglich gemacht werden?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Vorgaben des Parteiengesetzes werden selbstverständlich eingehalten. Darüber hinaus gehende Veröffentlichungen sind aber nur freiwillig von den einzelnen Parteien zu erbringen.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Mehr Transparenz könnte zu einem besseren Image der Politik beitragen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Transparenz ist uns ein Kernanliegen, weshalb u.a. die Grünen Wahlkampfkosten stets offengelegt werden. Die meisten anderen Parteien sind hier säumig, was eine demokratiepolitische Gefahr darstellt.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Für volle TRANSPARENZ gegenüber den Bürgern!		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Es muss nachvollziehbar sein welche Abhängigkeiten bestehen und wer wieviel wofür bezahlt. Jeder soll wissen wen er wirklich wählt.		

## 16. Soll in Tirol zur Senkung der Wohnkosten brach liegendes Agrarland günstiger zum Verkauf angeboten werden?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Tirol hat nur eine begrenzte besiedelbare Fläche von 12 Prozent, die für die verschiedenen Nutzungen zur Verfügung steht. Gerade im Bereich der landwirtschaftlichen Flächen ist eine flächendeckende Bewirtschaftung sichergestellt.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
In Tirol gibt es einen großen Überhang von gewidmetem Bauland, oft in Ortszentren. Das muss auf den Markt gebracht werden. Brach liegendes Freiland weitab von Ortskernen zersiedelt die Landschaft und macht teure Infrastruktur notwendig.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Ein Drittel des gewidmeten Baulandes ist noch unbebaut. Wir müssen zuerst die riesigen Baulandreserven verbauen, bevor wir neue Grünlandflächen umwidmen.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Wohnen wird deshalb nicht billiger, eher würde Entsidelung mit hohen Infrastrukturkosten entstehen - weit wichtiger wären Revitalisierungs-aktivitäten in den Dörfern sowie verdichteter Wohnbau - vgl. dazu unser Dossier "Wohnen" auf unserer Website <a href="http://www.gurgiser-team.at">www.gurgiser-team.at</a>		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Die Betonung liegt auf dem Begriff "brachliegend". Eine zu große Zersiedelung soll dadurch aber nicht gefördert werden.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Die Landwirtschaft muss erhalten bleiben. Jedoch sollen z.B. schlecht nutzbare Wald- und Kulturlächen in Randlagen für gemeinnützigen Wohnbau verwendet werden.		

## 17. Soll das Land Tirol die illegale Beschäftigung bei privatem Hausbau stärker kontrollieren?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■
Nachbarschaftshilfe muss auch in Zukunft möglich sein. Gegen organisiertes Puschertum gehen die zuständigen Behörden und die Kammern gemeinsam vor.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
Bei privaten Bauten geht es meist um Nachbarschaftshilfe. Wichtiger ist, bei großen Bauvorhaben verantwortungslose Subunternehmer zu bestrafen und illegale Beschäftigung zu unterbinden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■
Das Problem bei der illegalen Beschäftigung ist die Grenzziehung - was ist ein Nachbarschaftsdienst und was eine illegale Beschäftigung? Mehr Kontrollen sind in dieser Grauzone keine Lösung. Das stärkt nur das Gefühl der staatlichen Überwachung und schreckt Menschen möglicherweise ab, Nachbarschaftshilfe zu leisten. Das darf nicht das Ziel der Politik sein.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Zuerst sollen illegale Beschäftigung bzw. Sozialmissbrauch dort bekämpft werden, wo dies in großem Stil betrieben wird - Großbaustellen, Transportgewerbe etc.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Der Staat soll nicht zu stark in das Privatleben eingreifen!		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Ja</b>	■
Illegale gewerbliche Beschäftigung muss unterbunden werden wobei Nachbarschaftshilfe jedenfalls erlaubt und unterstützt werden soll.		

## 18. Soll das Land Tirol die Möglichkeit eines kostenlosen Schwangerschaftsabbruchs anbieten?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Es gibt kein Recht auf Schwangerschaftsabbruch, sondern eine seit vielen Jahren tragfähige Lösung. Damit kann auch kein Arzt/Ärztin verpflichtet werden, einen solchen Eingriff vorzunehmen. Diesbezüglich hat das Land auch keinen Handlungsbedarf.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Schwangerschaftsabbrüche sollen auch in Tirol an öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt werden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Keine Frau treibt gerne oder leichtfertig ab. Kommt es zur Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch, müssen Frauen im Land bestmöglich in ihrer Selbstbestimmung unterstützt werden.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Weil es im Gesetz vorgesehen ist. Aber es muss die umfassende Beratung der Mütter bzw. der werdenden Eltern sichergestellt sein.		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bei entsprechender Hilfsbedürftigkeit der Betroffenen.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/>
--		

## 19. Sollen in Tirol Frauenquoten für Aufsichtsräte und den öffentlichen Dienst eingeführt werden?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■
Schon in den letzten Jahren wurde bei Besetzungen von Aufsichtsräten auf eine ausgeglichene Geschlechteraufteilung geachtet. Der Anteil der in Aufsichtsräten von landesnahen Unternehmen vertretenen Frauen hat sich in Tirol verdreifacht. Verpflichtende Quoten lehnen wir aber ab.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Im Bund sorgen Frauenquoten u.a. im öffentlichen Dienst und in den staatsnahen Unternehmen bereits für mehr Chancengleichheit. Seither steigt der Frauenanteil kontinuierlich. Quoten wirken. Im Bund gibt es knapp 32% Frauen in Toppositionen, in der Privatwirtschaft sind es nur gut 5%.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Wir Grüne stehen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Frauenförderung ist dafür ein wichtiges Instrument, und Quoten können dazu beitragen, die Unterrepräsentation von Frauen zu beenden, damit es zu echter Gleichberechtigung kommen kann.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	■
Grundsätzlich soll die Qualität und nicht die Quote entscheidend sein, wird das berücksichtigt, wird die Quote überflüssig, da Frauen längst die Anforderungsprofile in den meisten Fällen so gut erfüllen, dass womöglich schon bald eine Quote für Männer gefordert werden müsste ;-).		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Quoten sind weniger relevant als die tatsächliche Leistung, die jemand - Frau / Mann - erbringt.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	■
Menschen steigen wegen Qualifikation und Leistung auf, nicht aufgrund von Quoten.		

## 20. Soll sich das Land Tirol für eine höhere Besteuerung von Vermögen einsetzen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Aus rein fiskalischer Sicht wären natürlich zusätzliche Einnahmen nicht negativ. Es ist aber das gesamte Steuersystem im Auge zu behalten und eine Ausgewogenheit zu sichern. Bei einer höheren Besteuerung von Vermögen wäre zu befürchten, dass davon einmal mehr nur die Leistungsträger und vor allem der Mittelstand betroffen wären.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
Vermögen soll ab einem Freibetrag von einer Million Euro deutlich stärker als jetzt besteuert werden. Es geht hier nicht um den Mittelstand, sondern um einen solidarischen Beitrag der Reichen und Reichsten. Die SPÖ Tirol fordert zudem eine Erbschafts- und Schenkungssteuer.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
Die Reichen und Millionäre sollen einen gerechten Beitrag zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben leisten. Wir wünschen uns hohe Freibeträge, damit sich niemand fürchten muss, der/die sich einen kleinen Wohlstand aufgebaut hat. Aber die großen Vermögen sollen endlich gerecht besteuert werden, damit wir die Steuerlast umverteilen können: Weniger Steuern auf Arbeit und mehr Steuern auf Vermögen.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Aber es wird wenig bringen, weil das klar eine bundesangelegenheit ist.		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	■
Wichtiger wäre die Ausgabe von Steuergeld nach dem Prinzip der hohen Beschäftigungswirksamkeit in Verbindung mit ebenso hohen Rückflüssen an Steuern und Abgaben mit einem Bestbieterprinzip im öffentlichen Bereich.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■
Das Team Stronach möchte insgesamt die Steuerlast für alle Menschen eher senken als weiter erhöhen. Der Staat soll lieber weniger Geld verschwenden.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Leistung darf nicht bestraft werden. Vermögen entsteht aus versteuertem Geld. Substanzbesteuerung ist Enteignung.		

## 21. Soll das Land Tirol angesichts der Klimaerwärmung in Beschneiungsanlagen in niedrig gelegenen Regionen investieren?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Ja</b>	
Bestehende Schigebiete benötigen die Möglichkeit, Schneesicherheit zu gewährleisten. Wenn wir auf der einen Seite immer fordern, die kleineren Lifte speziell für unsere Kinder (Anfängerskilifte) zu erhalten, geht das nicht ohne entsprechende Anlagen.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
Die Zahl der Schneekanonen hat sich in den vergangenen fünf Jahren auf 10.000 Stück vervierfacht. Besonders in Hinblick auf den steigenden Energieverbrauch und die vielfach kritische lokale Wasserversorgung kann hier nur eine Deckelung die Lösung sein.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Nein</b>	
Es handelt sich bei den Schigebieten um private Betreiber.		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	
Energieaufwand viel zu hoch, außerdem bilden diese Kunstschneebänder keine Attraktivität für Qualitätstourismus.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Es muss geklärt werden, was als niedrig gelegene Region gilt; unter 1.000 m Seehöhe wird es nicht immer Sinn machen.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	
Das wäre keine nachhaltige und sinnvolle Lösung. Alternative Nutzungsmöglichkeiten für die Flächen müssen gefunden werden.		

## 22. Soll gesellschaftskritische Kunst in Tirol mehr gefördert werden als Hoch- und Volkskultur?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Die Tiroler Kulturförderung wurde erst im vergangenen Jahr auf neue Beine gestellt. Das Tiroler Kulturleben präsentiert sich vielfältig, regional und ausgewogen.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Hoch- und Volkskultur sind wichtig. In Tirol muss aber die kritische Kunst stärker gefördert werden, weil sie die treibende Kraft und ein Seismograph für den gesellschaftlichen Fortschritt ist. Genau das brauchen wir in diesem Land. So kommt die Kunst auch breiteren Bevölkerungsschichten zu Gute.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Gesellschaftskritische Kunst leidet in Tirol unter mangelnder Finanzierung, das treibt KünstlerInnen ins Prekariat. Auch Hoch- und Volkskultur brauchen allerdings weiterhin Förderung; wir wollen nicht verschiedene Spielarten der Kultur gegen einander ausspielen, sondern insgesamt mehr Geld für die Kulturförderung zur Verfügung stellen.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Vielleicht sollte der richtige Ansatz zumindest eine Gleichstellung der Wertigkeit sein.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■
Derzeitige Förderung ist ausreichend.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	■
Kunst gehört gefördert, jede Art von Kunst ist wertvoll, Bewertungen sollen hier nicht von der Politik vorgenommen werden.		

## 23. Sollen in Tirol neue Skigebiete erschlossen werden?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	
Es ist in den Seilbahngrundsätzen festgelegt, dass keine Neuerschließungen mehr erlaubt werden. Qualitätsverbesserungen müssen und werden aber nach wie vor möglich sein.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Tirol hat ausreichend Skigebiete. Diese sollen in ihrer Qualität verbessert werden, ohne unberührte Natur zu zerstören.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
Bei der Erschließung der Tiroler Bergwelt bedarf es verbindlicher Ausbaugrenzen, etwa in Form einer Deckelung von Pistenkilometern.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Nein</b>	
Die Grenzen des Wachstums sind längst überschritten, wichtiger ist die Investition in die Qualität der bestehenden Skigebiete sowie der Angebote generell.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Unter Berücksichtigung von Natur- und Landschaftsschutz.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	
Es gibt bereits ein großes Angebot. Vielmehr sollen Zusammenlegungen und Kooperationen gefördert werden.		

## 24. Soll das Land Tirol auf Autobahnen im Inntal und Wipptal durchgehend Tempo 100 gesetzlich vorschreiben?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	
Ein permanentes Tempolimit ist nicht sinnvoll, weil es nur zu weniger Akzeptanz und damit zu mehr Übertretungen führt. Die derzeitige Regelung auf der A 12 berücksichtigt Verkehrsdichte, Wetterlage und die Immissionssituation.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Ein permanentes Tempolimit von 100 km/h für Pkw ist die „Eintrittskarte“ für die Wiedereinführung des sektoralen Fahrverbots. Damit könnten Transporte bestimmter Güter (Müll, Schrott u. Ä.) von der Inntalautobahn verbannt und auf die Schiene gezwungen werden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Nichts kann Gesundheit ersetzen. Das Inntal ist bereits jetzt das größte Luftsanierungsgebiet Europas, deshalb treten wir im Interesse aller Menschen, die unter der schlechten Luft leiden, für wirksame Maßnahmen gegen Luftverschmutzung und Feinstaub ein.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	
Aber nur, wenn gleichzeitig in Verhandlungen mit den europäischen Partnern sichergestellt wird, dass das sektorale Fahrverbot für bestimmte Güter ohne Klage anderer EU-Mitgliedsländer eingeführt werden kann.		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	
Dringend notwendig in Verbindung mit einem neuen sektoralen Lkw-Fahrverbot zur Reduktion der hohen Stickstoffdioxidbelastung, die zu 45 % bereits vom Pkw kommt.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	
Nicht mehr und mehr Regelungen, die die Freiheit des Einzelnen einschränken!		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	
Umweltschutz und Luftbelastung sind ernsthafte Themen. Beschränkung muss bedarfsgesteuert und nicht durchgehend sein.		

## 25. Soll das Land Tirol die Möglichkeit zur Abgabe kostenloser Verhütungsmittel (Kondome) in Apotheken, Schulen und Spitälern schaffen?

<b>Tiroler VP</b>	<b>Nein</b>	■
Vorsorge für geschützten Sexualverkehr zu treffen ist nicht öffentliche Aufgabe, sondern immer noch Privatsache.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Jugendliche sollten auf alle Fälle Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln haben.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die Verwendung von Kondomen ist ein wichtiges Mittel der Gesundheitsprävention. Verhütung darf nicht an den finanziellen Möglichkeiten scheitern, deshalb wünschen wir uns kostenlose Verhütungsmittel in Apotheken, Schulen und Krankenhäusern.		
<b>Liste Fritz</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Gurgiser &amp; Team</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
In Apotheken und Spitälern ja, in Schulen eher nein.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Für junge TirolerInnen sicher sinnvoll.		
<b>vorwärts Tirol</b>	<b>Nein</b>	■
--		